

Bundestagswahl 2025: Gerechtigkeit wählen

Die vorgezogene Bundestagswahl wird darüber entscheiden, welche Rolle Deutschland in den kommenden Jahren bei zentralen Zukunftsfragen spielen wird. Sich aus der globalen Verantwortung zurückzuziehen, bedeutet nicht nur, Millionen von Menschen weltweit allein zu lassen mit noch nie da gewesenen Herausforderungen. Ein solcher Rückzug gefährdet auch eine friedliche und sichere Zukunft von Menschen in Deutschland und Europa. Daraus resultieren drei Kernforderungen an die nächste Bundesregierung.

Brot für die Welt ist Teil einer globalen Bewegung, die sich für Veränderungen weltweit engagiert: Wir treten ein für eine gerechte Welt, in der jeder Mensch in Würde lebt und gleiche Rechte hat. Dazu ist es entscheidend, Ressourcen fair zu verteilen und die planetaren Grenzen zu achten heute und in Zukunft.

Unser christliches Selbstverständnis prägt unser Engagement und gibt uns Hoffnung, etwas bewirken zu können. Gemeinsam mit unseren 1600 Partnerorganisationen ermöglichen wir in fast 90 Ländern, dass benachteiligte Menschen ihre Lebenssituation aus eigener Kraft nachhaltig verbessern. Wir stehen für Menschenrechte, Frieden, eine starke Demokratie, Zugang zu Bildung, Gesundheit und Wasser. Wir setzen uns gegen Hunger und Armut und für Klimagerechtigkeit ein. Und erheben unsere Stimme für eine gerechte Welt.

Als Werk der evangelischen Kirchen sind wir seit über 60 Jahren starke und verlässliche Partner staatlicher Entwicklungszusammenarbeit und auch kritisches Gegenüber staatlichen Handelns, um gesellschaftliche Veränderungen hin zu globaler Gerechtigkeit und der Erreichung der UN-Nachhaltigkeitsziele zu erreichen.

1. Entwicklungszusammenarbeit stärken

Die Weltgemeinschaft steht vor nie da gewesenen Herausforderungen. Tag für Tag verletzen Armut, Hunger, Flucht, Unterdrückung, Kriege sowie durch den Klimawandel verursachte Katastrophen die Menschenwürde von Millionen Menschen. Gleichzeitig liegt darin das Potenzial für weitere Konflikte, Kriege und Terrorismus.

In der kommenden Legislaturperiode wird sich entscheiden, inwieweit die Globalen Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen bis 2030 noch erreicht werden. Angesichts der gegenwärtigen multiplen Krisen kommt der Umsetzung der „Agenda 2030“ eine besondere Bedeutung zu.

Seit mehr als sechs Jahrzehnten leistet deutsche Entwicklungszusammenarbeit einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung von Hunger, Armut und struktureller Ungerechtigkeit in vielen Teilen der Welt. Die Kirchen und ihre Werke sind dabei neben weiteren zivilgesellschaftlichen Organisationen und der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit wesentliche Akteure. Sie werden von einer breiten Unterstützung in der Bevölkerung getragen – von zahllosen ehrenamtlich Helfenden in den Gemeinden und kirchlichen Verbänden ebenso wie von Millionen Spender*innen, die ihnen Jahr für Jahr Mittel für ihre Arbeit anvertrauen.

Der Einsatz gegen Hunger und Armut, für die Wahrung der Menschenrechte, für Krisenprävention und den Schutz des Klimas liegt auch in unserem Interesse. Er ist Teil deutscher Verantwortung. Auf diese Weise trägt Deutschland dazu bei, gerechte globaler Verhältnisse zu verwirklichen. Sie ermöglichen auch den Menschen in Deutschland und Europa eine friedliche und sichere Zukunft. Ein Bruch unserer internationalen Zusagen bei der Entwicklungszusammenarbeit schadet unserem Ansehen in der Welt und bedroht langfristig unseren Wohlstand und unsere Sicherheit. Die jüngst in der politischen Debatte zu beobachtenden Versuche, entwicklungspolitisches Engagement mit falschen Behauptungen und populistischer Übertreibung lächerlich zu machen und ihm Unterstützung zu entziehen, schaden nicht nur den Menschen, denen ein selbstbestimmteres Leben ermöglicht werden soll, sie schaden uns allen.

Von der nächsten Bundesregierung erwarten wir:

- Eine finanziell angemessen ausgestattete und institutionell unabhängige Entwicklungszusammenarbeit muss auch zukünftig zentraler Baustein des internationalen Engagements Deutschlands sein – das ist für uns essenziell. Als Ausdruck unseres subsidiären Grundverständnisses sind die kirchlichen Entwicklungswerke und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen dabei weiterhin wichtige Partner.
- Sie setzt sich dafür ein, dass Deutschland weiterhin eine führende Rolle in der globalen Entwicklungszusammenarbeit spielt. Das Leitbild sind dabei die Ziele der Vereinten Nationen für eine globale nachhaltige Entwicklung („Agenda 2030“), eine ambitionierte Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens und die Wahrung der Menschenrechte. Sie hält die internationalen Zusagen für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe ein und investiert mindestens 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) in öffentliche Entwicklungsleistungen. Zusätzlich steigert die Zusagen zur Klimafinanzierung.
- Angesichts der geopolitischen Umwälzungen sowie der fortbestehenden entwicklungs-, wirtschafts-, friedens- und klimapolitischen Herausforderungen auf dem afrikanischen Kontinent ist es notwendig, die Partnerschaft mit Afrika auf deutscher und europäischer

Ebene zu vertiefen und dabei stärker als bisher die afrikanische Zivilgesellschaft einzubeziehen.

- Sie setzt sich ein für eine global koordinierte gerechte Besteuerung von großen Vermögen in Milliardenhöhe. Damit leistet Deutschland einen wesentlichen Beitrag zur Finanzierung unserer internationalen Verpflichtungen, zur Reduzierung von Ungleichheit und zur Stabilisierung von Demokratien weltweit.

2. Zivilgesellschaft fördern

Zivilgesellschaftliche Akteur*innen sind ein entscheidender Motor für gerechte Entwicklung und für die Erreichung der Globalen Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen bis 2030. Kirchen und kirchennahe Organisationen spielen dabei in vielen Regionen und Bereichen eine wichtige Rolle, etwa in Bildung und Gesundheit. So erzielen sie oft systemische Wirkung. Kirchliche Zusammenarbeit ist somit ein wirkungsvoller Teil globaler Zivilgesellschaft, den es zu stärken gilt.

Insbesondere in autoritären Regimen, in denen der Rechtsstaat ausgehöhlt und die öffentliche Meinung manipuliert wird, ist es die Zivilgesellschaft, die - oft unter großen persönlichen Risiken - diesen Rückschritten entgegentritt und sich für die Wahrung der Menschenrechte einsetzt.

Zivilgesellschaftliche Handlungsräume sind weltweit jedoch so begrenzt wie noch nie in diesem Jahrtausend – und Menschenrechtsverletzungen nehmen zu. Zivilgesellschaftliche Akteur*innen, die sich gegen Unrecht und Ungleichheit einsetzen, werden diffamiert, angegriffen und kriminalisiert. Mit repressiven Gesetzen wird die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen behindert, etwa indem der Erhalt von Geldern aus dem Ausland erschwert wird.

Von der nächsten Bundesregierung erwarten wir:

- Die universellen und unteilbaren Menschenrechte, insbesondere Geschlechtergerechtigkeit, sind Leitwerte deutscher Politik und Grundlage der freien internationalen Ordnung. Wegen der wichtigen Funktion der Zivilgesellschaft für Entwicklung und Frieden müssen deren Förderung und der Erhalt ihrer Handlungsräume besonders relevanter Teil der Entwicklungszusammenarbeit sein.
- Der Schutz der weltweiten Zivilgesellschaft, die sich friedlich gegen Armut und Ungleichheit und für die Wahrung der Menschenrechte einsetzt, ist ein besonderes Anliegen. Deutschland stärkt die Rolle seiner Auslandsvertretungen beim Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen und baut Schutzprogramme wie die Elisabeth-Selbert-Initiative weiter aus.
- Zum Schutz von indigenen Umwelt- und Menschenrechtsaktivist*innen wird Deutschland die Umsetzung der ILO-Konvention 169 über die Rechte Indigener Völker voranbringen und dafür eine ressortübergreifende Strategie erarbeiten.

3. Agenda 2030 voranbringen

Die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele der „Agenda 2030“ und die Verwirklichung der Menschenrechte können durch die Mittel der Entwicklungszusammenarbeit begünstigt, aber unmöglich allein bewirkt werden. Vielfach sind es zudem negative Übertragungseffekte, die die Erreichung der „Agenda 2030“ gefährden.

Quer durch alle Politikfelder, von der Ernährungspolitik bis zum Agrarhandel, von der Finanz- bis zur Rohstoff- und Klimapolitik, von der Regulierung intellektueller Eigentumsrechte bis zur Sicherheitspolitik werden noch immer globale Ungleichheiten verschärft, Ursachen für Gewaltkonflikte verstärkt, Menschenrechte gefährdet und irreversible Schäden an globalen Gemeinschaftsgütern wie dem Klima und der Umwelt angerichtet. Grundsätzlich braucht es deshalb eine nach innen und außen gerichtete Kohärenz im Sinne der Entwicklungszusammenarbeit und Menschenrechte. Um negative Auswirkungen auf die Erreichung der „Agenda 2030“ frühzeitig zu erkennen und ihnen gegenzusteuern, sollten diese systematisch erfasst werden.

Von der nächsten Bundesregierung erwarten wir:

- Deutschland etabliert die Überprüfung der Auswirkung auf die Erreichung der globalen Nachhaltigkeitsziele als Regelverfahren in Gesetzgebungsprozessen auf nationaler Ebene.
- Die EU-Lieferkettenrichtlinie wird zügig und ambitioniert in nationales Recht umgesetzt, ohne das deutsche Lieferkettengesetz abzuschwächen.
- Deutschland stellt sicher, dass die Maßnahmen in Politikfeldern wie Außenwirtschaftsförderung, Terrorbekämpfung oder Sicherheit zivilgesellschaftliche Handlungsräume nicht einschränken und setzt sich dafür ein, dass EU-Migrationspartnerschaften nicht zentralen Zielen der deutschen Außenpolitik wie der Förderung von Demokratie und Menschenrechten zuwiderlaufen.